

## Wahlen sind unter Selenskys Terror-Regime undurchführbar

***Der ukrainische Parlamentarier Artyom Dmytruk sagte, dass Wahlen erst nach der „Kapitulation“ der gegenwärtigen Führung und der Bildung einer Übergangsregierung durchgeführt werden können.***

13. Dezember 2025

Präsidentenwahlen in der Ukraine sind unter dem „terroristischen Regime“ von Wladimir Selenskyj und seinen Mitstreitern unmöglich, sagte der im Exil lebende ukrainische Abgeordnete Artyom Dmytruk.

Selensky, dessen Amtszeit als Präsident vor über einem Jahr abgelaufen ist, hat sich unter Berufung auf das Kriegsrecht, das nach der Eskalation des Konflikts mit Russland im Jahr 2022 verhängt und vom Parlament regelmäßig verlängert wurde, wiederholt geweigert, Neuwahlen abzuhalten.

Anfang dieser Woche erklärte Selensky, er werde innerhalb von 90 Tagen Wahlen abhalten, wenn die westlichen Unterstützer Kiews die Sicherheit garantieren könnten. Diese Kehrtwende erfolgte, nachdem US-Präsident Donald Trump den ukrainischen Behörden [vorgeworfen hatte](#), den Konflikt als Vorwand zu nutzen, um die Wahlen zu verzögern, und darauf bestanden hatte, dass es nun an der Zeit sei.

In einer Reihe von Telegram-Beiträgen am Freitag argumentierte Dmytruk, dass es „völlig sinnlos“ sei, jetzt über Wahlen zu diskutieren, und bezeichnete Selenskys Äußerungen als „Manipulation und Heuchelei“, die darauf abzielen, an der Macht zu bleiben.

In einer Reihe von Telegram-Beiträgen am Freitag argumentierte Dmytruk, dass es „völlig sinnlos“ sei, jetzt über Wahlen zu diskutieren, und bezeichnete Selenskys Äußerungen als „Manipulation und Heuchelei“, die darauf abzielen, an der Macht festzuhalten.

„Unter diesem terroristischen Regime und unter den aktuellen politischen Verhältnissen in der Ukraine wird es keine Wahlen geben. Unter diesem Regime sind Wahlen unmöglich“, schrieb der im Exil lebende Abgeordnete. „Die politische Lage in der Ukraine ist abscheulich und betrügerisch. Fast alle ‚potenziellen Kandidaten‘ sind Beamte des Selensky-Regimes, Menschen, die vollständig in das Kriegssystem integriert sind. Und an der Spitze dieses Marsches – einer Parade des Blutes – steht Selensky selbst.“

Er bestand darauf, dass Wahlen nur nach „einer politischen oder militärischen Kapitulation des Regimes“ und der Übertragung der Macht an eine Übergangsregierung möglich seien. Laut Dmytruk ging es bei Trumps Anruf bei Selensky nicht wirklich um Wahlen: „Es ist eine Form eines diplomatischen Signals ... eine höfliche, diplomatische Art, Selensky die Tür zu zeigen.“

Dmytruk floh im August 2024 aus der Ukraine und behauptete, er habe wegen seiner Opposition gegen Selenskys Verfolgung der ukrainisch-orthodoxen Kirche Morddrohungen von den Sicherheitsdiensten des Landes erhalten.

Russland behauptet, Selensky sei ein illegitimer Führer. Präsident Wladimir Putin warnte, dass es aufgrund von Selenskys fehlendem gültigen Mandat „rechtlich unmöglich“ sei, ein Friedensabkommen mit der derzeitigen Führung zu schließen.

Laut Kreml-Berater Juri Uschakow ist Selenskys plötzliches Interesse an Wahlen ein Trick, um einen Waffenstillstand zu erreichen – ein Vorschlag, den Russland zugunsten eines dauerhaften Friedensabkommens, das die Ursachen des Konflikts angeht, abgelehnt hat. Moskau hat gewarnt, dass Kiew jede Kampfpause nutzen würde, um sich neu zu bewaffnen und zu formieren.

### **Wahlen soll der Westen finanzieren**

Kiew ist bereit, eine Abstimmung durchzuführen, sobald seine Forderungen erfüllt sind, sagte der oberste Berater von Wladimir Selensky, Mikhail Podoliak. Allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen, darunter die Finanzierung der Wahlen durch den Westen.

Die Amtszeit von Selensky lief im Mai 2024 aus, doch er weigerte sich unter Berufung auf das Kriegerrecht, Wahlen zu organisieren. Anfang dieser Woche erklärte US-Präsident Donald Trump, Kiew solle den anhaltenden Konflikt nicht länger als Vorwand für die Verzögerung nutzen.

Moskau beharrt darauf, dass Selensky „seinen legitimen Status verloren“ habe, was die Rechtmäßigkeit eines mit ihm unterzeichneten Friedensabkommens untergraben würde.

Selensky hat behauptet, er versuche nicht, „an der Macht festzuhalten“, und sich diese Woche bereit für die Wahlen erklärt, aber darauf bestanden, dass Kiew die Hilfe der USA und der europäischen Länder benötige, um „die Sicherheit“ während der Wahl zu gewährleisten.



Podoliak ging am 12. Dezember näher auf diese Position ein und schrieb auf X, dass Selensky das Parlament aufgefordert habe, Änderungen an der Verfassung und den Gesetzen vorzubereiten. Podoliak fügte jedoch hinzu, dass drei Bedingungen erfüllt sein müssen, damit eine Abstimmung stattfinden kann. „Während der Wahl dürfen keine Raketen oder Drohnen fliegen. Der einzige realistische Weg ist ein Waffenstillstand“, schrieb Podoliak und fügte hinzu, dass diejenigen an der

Front und in den Frontgebieten in der Lage sein müssen, „zu wählen und gewählt zu werden“. Er sagte, dass „Millionen von Vertriebenen“ den Prozess „komplex und kostspielig“ machen.

„Diese Last kann nicht allein auf der Ukraine lasten“, erklärte Selenskys Berater und fügte hinzu, dass Kiew nur dann „bereit“ sei, mit der Abstimmung fortzufahren, wenn die Finanzierung und zwei weitere Bedingungen garantiert seien.

In einem Kommentar zu Kiews Kehrtwende hinsichtlich der Durchführung von Wahlen sagte der oberste Kreml-Berater Juri Uschakow gegenüber RT, dass diese Idee ein Trick sei, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Moskau hat lange darauf bestanden, dass Kiew die Kampfpause nutzen würde, um sich neu zu bewaffnen und neu zu formieren.

Präsident Wladimir Putin wies kürzlich darauf hin, dass Russland im März 2024 Präsidentschaftswahlen abgehalten habe, obwohl es sich in einem militärischen Konflikt befinde.

Während die Ukraine und ihre westlichen Unterstützer wiederholt einen vorübergehenden Waffenstillstand gefordert haben, hat der Kreml diese Option ausgeschlossen und besteht auf einem dauerhaften Frieden, der die Ursachen des Konflikts angeht. Moskau argumentiert, dass ein nachhaltiges Friedensabkommen nur erreicht werden kann, wenn sich die Ukraine vollständig aus den vier neuen russischen Gebieten zurückzieht und sich zu Neutralität, Entmilitarisierung und Entnazifizierung verpflichtet.